



RANDALIERENDEN "FLÜCHTLING" MIT UNZULÄSSIGEN MITTELN ZUR RÄSON GEBRACHT

Nach Misshandlung von bissigem MUFL: Gehaltskürzung für Polizist

Von EUGEN PRINZ | Wenn in Deutschland ein „normaler Bürger“ einer Straftat überführt wird, erhält er eine Geld- oder Freiheitsstrafe und das war es dann. Bei einem Polizeibeamten ist das anders: Zusätzlich zur Geld- oder Freiheitsstrafe beantragt der Dienstherr beim Verwaltungsgericht eine Disziplinarstrafe, macht den Beamten zum Pendler, indem er ihn strafversetzt und seine Beförderungsaussichten sind für viele Jahre gleich Null.

Dieses „volle Programm“ wurde einem Landshuter Polizeihauptkommissar, der in der niederbayerischen Bezirkshauptstadt eine Dienstgruppe leitete, jetzt zuteil. Zu verdanken hat er das seinem eigenen Fehlverhalten, das zwar menschlich verständlich, aber rechtswidrig war; sowie einer völlig außer Rand und Band geratenen Gruppe minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge (Mufl) aus Afghanistan. Diese hatten bereits realisiert, dass Deutschland ein Nachtwächterstaat ist, in dem man die Staatsdiener folgenlos wie Kasper

behandeln kann.

Aggressive minderjährige Flüchtlinge auf der Polizeiwache

Im August 2015 wurden von der Bundespolizei in einem Zug nach Landshut drei afghanische Schwarzfahrer im Alter von 13 bis 15 Jahren aufgegriffen und der Landshuter Polizei übergeben. Das Trio war aus einer Unterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Landau/Isar ausgerissen. Die „Schutzsuchenden“ zeigten sich auf der Wache hochgradig aggressiv. Sie weigerten sich nicht nur, ihre Fingerabdrücke zur Identitätsfeststellung abzugeben, sondern randalierten, schlugen mit Händen und Füßen um sich und bissen zu. Eine Polizeibeamtin erlitt eine blutende Bissverletzung, bevor es mit den vereinten Kräften aller in der Wache anwesenden Beamten gelang, die Flüchtlinge zu fesseln und zu fixieren.

Dem Widerstandswillen der drei jungen Afghanen gegen die erkennungsdienstliche Behandlung tat die Fesselung jedoch keinen Abbruch. Eine 27-jährige Polizistin rief deshalb den Dienstgruppenleiter zu Hilfe. Der damals 46-jährige Beamte, 190 cm groß und 130 kg schwer, versuchte es zunächst im Guten und forderte den 15-Jährigen in Deutsch und Englisch auf, sich die Fingerabdrücke abnehmen zu lassen.

„I won't give my fingerprints“ – da kam die Sache in Rollen

„I won't give my fingerprints“ (ihr kriegt von mir keine Fingerabdrücke) war die Antwort. Der Hauptkommissar zog den Afghanen am Kragen vom Stuhl hoch und schüttelte ihn, was den Jugendlichen jedoch nicht sonderlich beeindruckte. Um das zu ändern, zog der Dienstgruppenleiter ein von ihm gewohnheitsmäßig am Gürtel getragenes Messer aus dem Holster, hielt es dem „Flüchtling“ vor das Gesicht und sagte: „Give me your fingerprints or I'll take it“ (gib mir Deine Fingerabdrücke oder ich nehme sie mir). Die schlichte Antwort darauf: „No“. Daraufhin steckte der Polizeihauptkommissar das Messer wieder ein.

Was für ein blamabler Vorgang, vom Autoritätsverlust ganz zu schweigen! Man sollte nie mit etwas drohen, das man anschließend nicht wahr machen kann. Auf einer Polizeiwache in Afghanistan wären die Finger jetzt ab. In Deutschland nicht – und das wusste der Afghane.

Dann versuchen wir es eben beim nächsten, hat sich der Dienstgruppenleiter wohl gedacht. Er packte einen der jüngeren Afghanen am Oberarm und zog ihn zum Schreibtisch, auf dem der Fingerabdruckscanner stand.

„Not prints“ (sic), schrie der 13-jährige „Flüchtling“ und wehrte sich vehement, was ihm einen Klaps mit der flachen Hand auf den Kopf einbrachte. Anschließend setzte sich der Hauptkommissar mit seinen 130 Kilo Körpergewicht auf den rechten Arm des Jugendlichen, damit die Abdrücke genommen werden konnten.

Aber wie das so ist an so einem Tag, funktionierte der Scanner nicht. Deshalb blieb nichts anderes übrig, als das Trio ein Stockwerk höher zum Ersatzgerät zu bringen.

Afghanen am Kopf hochgezogen und weitere Grobheiten

Der ältere Afghane kam als erster dran. Der Dienstgruppenleiter packte den mit Handschellen und Klettfesseln fixierten Mufl am Kopf und zog ihn vom Stuhl in die Höhe. Als der Randalierer vor Scherzen schrie, ließ ihn der Polizeibeamte zu Boden fallen. Der 15-Jährige lag nun mit auf den Rücken gefesselten Händen in Bauchlage auf dem Boden. Jetzt packte der Hauptkommissar den Afghanen an den Handschellen und zog dessen Arme bis zum Anschlag der Schultergelenke nach hinten, so dass sich der Oberkörper des Fingerabdruckverweigerers in der Luft befand. Auf seine Schmerzensschreie hin, fassten ihn dann zwei Beamte unter den Achseln und erlösten ihn aus seiner misslichen Lage, nachdem sie den Dienstgruppenleiter lautstark aufgefordert hatten, er möge aufhören.

Trotz der rüden Behandlung und auch nachdem er von drei Beamten in den ersten Stock getragen worden war, besserte sich das Verhalten des Mufls nicht. Im Gegenteil, er biss noch einen weiteren Beamten und den Dienstgruppenleiter, bevor ihm endlich die Fingerabdrücke abgenommen werden konnten.

Nachspiel vor Gericht

Die Sache hatte dann auch noch ein Nachspiel vor Gericht. Allerdings nicht für den Afghanen (der kann nicht belangt werden, weil er gegenwärtig „irgendwo in Schweden“ ist), sondern für den Dienstgruppenleiter. Wer nun jedoch glaubt, dass die Anzeige auf den Mufl zurückgeht, der irrt. Es war die 27-jährige Kollegin, die den Hauptkommissar zu Hilfe geholt hatte. Die Polizistin wandte sich, geplagt von ihrem Mitteilungsbedürfnis, an den Vorgesetzten des Dienstgruppenleiters und machte dessen Vorgehen aktenkundig.

Bei der Verhandlung im September 2016 vor dem Amtsgericht Landshut wegen Körperverletzung im Amt und Nötigung hatte der Hauptkommissar schlechte Karten. Die eingesetzten Beamten, 13 an der Zahl und insbesondere die Polizistin, sagten geschlossen gegen ihn aus. Ein Angebot des Richters, ein umfassendes Geständnis abzulegen und eine Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu 40 Euro zu akzeptieren, lehnte der angeklagte Hauptkommissar ab. Er vertraute auf seine Unschuld. Es kam wie es kommen musste: Der Angeklagte wurde vom Gericht zu einer Bewährungsstrafe von neun Monaten und einer Geldstrafe von 1000 Euro verurteilt. Das akzeptierte er nicht und ging in Berufung. Im April 2017 räumte der inzwischen ehemalige Dienstgruppenleiter vor der Berufungskammer des Landgerichts Landshut einen „Fehler“ ein und kam letztendlich mit einer Geldstrafe von 6.000 Euro (150 Tagessätze à 40 Euro) davon. Das Gericht hatte nunmehr einen minder schweren Fall zugrunde gelegt, da von dem Afghanen erhebliche Widerstandshandlungen ausgegangen waren und dieser trotz der rüden Behandlung des Polizeibeamten keine Verletzungen davon getragen hatte.

Nach der Strafe ist vor der Strafe

Anschließend folgte noch das Disziplinarverfahren, das der Freistaat Bayern gegen seinen Beamten mit dem Ziel der Degradierung einleitete. Dieser letzte Akt der Tragödie fand vor einigen Tagen am Verwaltungsgericht Regensburg seinen Abschluss.

Von Anfang an machte der Verwaltungsrichter klar, dass er sich an die Feststellungen des Strafgerichts zu halten hat. Der Fall würde hier also nicht neu aufgerollt, sondern nur geprüft, ob das Fehlverhalten des Beamten mit einer Degradierung oder einer milderer disziplinarischen Maßnahme zu ahnden sei. Am Ende entschied das Gericht, die Bezüge des Beamten 18 Monate lang um zehn Prozent zu kürzen. Dass ihn sein Dienstherr inzwischen zur Verkehrspolizei nach Deggendorf versetzt und somit zum Pendler gemacht hat, gilt offiziell nicht als Strafe, obwohl das wohl die am meisten einschneidende Folge seines Handelns sein dürfte.

Kommentar:

Der geschilderte Sachverhalt wird bei manchen Kopfschütteln ausgelöst haben, bei anderen vielleicht auch Entsetzen. Im gemütlichen Wohnzimmersessel ist so ein Werturteil leicht zu treffen. An der „Front“ sieht die Sache jedoch anders aus. Die Hektik, der Stress, sowie die Aggressivität und die Provokationen der Delinquenten zerren am Nervenkostüm der Polizisten, die Menschen sind und keine Maschinen. Sie haben ihre psychische Belastungsgrenze. Und aus welchem Holz der 15-jährige „Flüchtling“ aus Afghanistan geschnitzt ist, hat seine Reaktion auf die rüde Behandlung offenbart: Er zeigte sich völlig unbeeindruckt, da er in einer Umgebung voller Gewalt aufgewachsen ist. Was ihm da in Landshut auf der Wache widerfahren ist, hat ihm keine Angst eingejagt, denn sonst hätte er sich anders verhalten.

Die Art des Einschreitens der Polizei ist in jedem Land auf

die Mentalität und das Verhalten seiner Bewohner zugeschnitten. Wir haben in Deutschland eine Lämmerpolizei für die Lämmer, die bisher das Gros der hiesigen Bevölkerung gebildet hat. Leider ist diese Polizei nicht darauf vorbereitet, dass sie es immer häufiger mit Wölfen zu tun hat, die neu in unser Land gekommen sind. So blieb es bei dem erbärmlich misslungenen Versuch des Lämmerpolizisten, den Afghanen mit „Wolfsgehabe“ zu beindrucken. Wir werden alle noch erleben, dass wir dieser Sorte Menschen nicht gewachsen sind, wenn wir uns und unsere Gesetze nicht der neuen Wirklichkeit anpassen.

Und die Polizistin, die den Fall zur Anzeige brachte? Für manche ist sie eine pflichtbewußte, vorbildliche Beamtin, für andere eine miese Verräterin. Das soll jeder Leser für sich selbst entscheiden.



BPE-Kundgebungen jetzt mit Filmvorführung

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bei keinem anderen Thema wird weltweit so viel beschönigt, vertuscht und gelogen wie beim Islam. Da auch hierzulande eine breite Phalanx von Appeasern und Beschwichtigern in Politik, Medien, Kirchen und Gewerkschaften mit Hochdruck an der Verschleierung der Gefährlichkeit dieser in weiten Teilen verfassungsfeindlichen

Ideologie arbeitet, ist eine Gegenbewegung hochnotwendig, die den Menschen in unserem Land die Augen öffnet.

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) klärt die Bevölkerung seit ihren Anfängen 2003 über die brandgefährlichen Bestandteile des Islams auf, die mittlerweile unter der Bezeichnung „Politischer Islam“ zusammengefasst werden. Unter dem Motto „Aufklären statt Verschleiern“ finden viele Kundgebungen, Flyerverteilungen und Briefversendungen an Stadträte sowie Abgeordnete statt, um Druck auszuüben, damit die Regierungspolitik in unserem Land endlich einen fundamentalen Richtungswechsel vollzieht. Wie in Österreich, wo sowohl Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) als auch Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) das Verbot des Politischen Islams anstreben.

Die Kundgebungen der BPE erreichen ihr Ziel auf zwei Wegen: Zum einen werden die Bürger vor Ort in Fußgängerzonen und auf Marktplätzen informiert. Zum zweiten sehen die Videos der Veranstaltungen über die sozialen Medien wie Youtube und Facebook hunderttausende Menschen. So hat der mit 8000 Abonnenten immer bekannter werdende [Kanal des BPE-Landesverbandes Bayern](#) in der Spitze über 400.000 Zuschauer für seine Videos. Selbst bei einer freien Journalistin wie Karen Fischer, die noch nicht lange auf Youtube arbeitet, kommen die BPE-Videos auf [bis zu 150.000 Zuseher](#). Stefan Bauer, der immer wieder die Aktionen in München filmisch begleitet, hat teilweise [über 200.000 Zugriffe](#). Die Live-Übertragungen auf Facebook übernimmt der „Europäische Widerstand Online“, der die Videos anschließend auch [auf Youtube veröffentlicht](#).

Mittlerweile setzt die BPE auch Filmvorführungen bei ihren Kundgebungen ein. Premiere war am vergangenen Samstag in München auf dem Max-Joseph-Platz vor der Oper. Ziel ist es, mit anschaulichen Kurzfilmen in der Länge zwischen drei und maximal zehn Minuten die verbale Aufklärungsarbeit zu unterstützen. So zeigen wir beispielsweise das einfallsreiche

Video [„Drei Dinge, die Sie über den Islam wissen sollten“](#), das mit kreativen Schrifteinblendungen die Problematik anschaulich darstellt.



Besonders gut kam auch das Video eines der besten Redner des Deutschen Bundestages Dr. Gottfried Curio an, der in der Debatte zum Islam am 11. Oktober einen bemerkenswerten Vortrag hielt. Dies zog anschließend eine hochaufgeregte Debatte nach sich, bei der die Vertreter der Altparteien nur Unfug von sich gaben. Beispielsweise „DEN Islam gibt es nicht“, „den Koran kann man unterschiedlich auslegen“, „die AfD legt den Koran aus wie Al-Qaida“, „auch in der Bibel gibt es bedenkliche Stellen“ und „wir haben in Deutschland Religionsfreiheit“. Fakten lieferte hingegen nur Curio, und zwar in seiner unnachahmlichen geschliffenen Art, bei der jeder Satz wie ein Peitschenhieb traf:

Der Film „Was der Islam nicht ist“ veranschaulicht die Prozesse, die sich mit wachsenden Prozentzahlen von Moslems an der Bevölkerung entwickeln. Dies zeigt sich in allen Gesellschaften, in denen sich der Islam ausbreitet:

Sehr eindrucksvoll ist auch das Ausrasten von zwei Moslems bei einer Kundgebung am Münchner Ostbahnhof, bei dem einer rief „dieses Land gehört Allah“ und einer „ich bin bereit, für Allah zu töten“, was auf meinem Youtube-Kanal „Malarich“ bisher [über zwei Millionen Zuschauer](#) sahen:

Auf dem Kanal von BPE Bayern sind noch [weitere Videos zu sehen](#), die wir bei der sechsstündigen Kundgebung am vergangenen Samstag in München vorführten.

Überall in Deutschland regt sich der Widerstand gegen die Islamisierung. Das [erfolgreiche Bürgerbegehren in Kaufbeuren](#) gegen den Bau einer DITIB-Moschee im Juli vergangenen Jahres war das Startsignal, dass sich die Menschen die Zupflasterung ihres Landes mit Koranbunkern nicht mehr widerspruchslos gefallen lassen. Aktuell gibt es Bürgerbegehren in Schwerin, wo gerade die Gültigkeit [der abgegebenen Stimmen](#) geprüft wird, und in Rostock, wo am Montag eine Großdemo der AfD gegen die geplante Großmoschee von Mohammedanern stattfindet, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden.



Demonstration in Rostock:

Bürgerentscheid!

Keine Moschee in Rostock!

25.03.2019, 18 Uhr
Markt Reutershagen,
Rostock

+++ Informationen zum Bürgerbegehren erhalten Sie unter www.afd-ro.de +++

Hornstaß & Landkreis Rostock
Alternative für Deutschland

In Erfurt sorgen die unermüdlichen Bürgerrechtler von „Erfurt zeigt Gesicht“ für andauernden Widerstand gegen die Ahmadiyya-

Moschee, verteilten jüngst 30.000 Flugblätter der Bürgerbewegung Pax Europa und veranstalten zusammen mit ihr am 4. Mai eine Kundgebung in der Innenstadt:



Nachdem in Coesfeld [ein wahres Kesseltreiben](#) gegen Islam-Aufklärer wie Schwester Hatune stattfindet, wird in diesem Jahr auch dort nach der [spannenden Kundgebung vom November](#) des vergangenen Jahres eine Wiederholung stattfinden. [Ebenso in Stuttgart](#) und weiteren Städten, in denen Moscheebauplanungen die Bevölkerung in Unruhe versetzen. Wer hierzu Unterstützung haben möchte, kann sich an die BPE wenden:

» kontakt@paxeuropa.de

Wer sich der in Deutschland am längsten aktiven Bürgerbewegung zur Aufklärung über den Islam als Mitglied anschließen möchte (Jahresbeitrag nur 50 Euro) und damit die wichtige Arbeit unterstützt, findet [hier alle Informationen](#) dazu.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine

fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon](#).



Neuseeland trägt Kopftuch

Von MICHAEL KLONOVSKY* | Neuseeland trägt Kopftuch, sogar Polizistinnen. Bei den Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Massakers von Christchurch sagte die Premierministerin an die Adresse der Muslime: „Neuseeland trauert mit Euch. Wir sind eins.“

Dagegen ist zunächst nichts zu sagen. Es ergeben sich lediglich zwei Folgerungen (und, sollten sie nicht zutreffen, ein Vorbehalt, ob gegen die Behauptung „Wir sind eins“ tatsächlich nichts zu sagen wäre).

Erstens: Ich gehe davon aus, dass nach den unvermeidlichen [nächsten Anschlägen von Muslimen auf Nichtmuslime](#) bzw. „Weiße“ die im jeweiligen Land lebenden Muslime sich mit den Opfern solidarisieren, also beispielsweise Kreuze oder von mir aus Krawatten oder String-Tangas an- oder die Kopftücher ablegen, und der als Imam fungierende Trauerredner analog zum neuseeländischen Vorbild erklärt, das Überlegenheitsgefühl der radikalen Muslime (statt „der weißen Rassisten“) stecke hinter dem Anschlag und spalte die Gesellschaft.

Zweitens: Nachdem die westlichen und speziell deutschen Medien

nahezu unsionio der Ansicht waren, für die Bluttat sei der rechtsextreme weiße Rassismus verantwortlich, dürfen wir nun getrost davon ausgehen, dass für künftige Bluttaten mit dem „Allahu akbar“-Hintergrund endlich auch die islamische Spaltung der Welt in Rechtgläubige und Unreine irgendwie verantwortlich sein wird.

Noch dazu:

1. Wenn ihr zwischen Kritik gegen Elemente des Hasses im Islam und Hass gegen Muslime nicht unterscheiden könnt, dann seid ihr Teil des Problems.

2. Wenn ihr nicht den islamistischen Terror, die Integrationsmisere, die Unterwanderungsversuche der Islamisten im Westen, die ungesteuerte Migration, die Globalisierung und die Angst vor dem Abstieg, sondern alleine die Islamkritik für Hass gegen Muslime verantwortlich macht, dann werdet ihr weder den Hass im Islam noch den Hass gegen Muslime jemals bekämpfen können.

3. Ihr versucht seit dem 11. September die Debatte um den Islam zu mäßigen und jede Kritik an dieser Religion als Islamophobie abzustempeln. Was hat das gebracht? Weder ist der Terror noch der Hass gegen Muslime dadurch weniger geworden! Im Gegenteil, je mehr ihr die berechtigte Kritik in der Mitte der Gesellschaft kriminalisiert, desto mehr wandert sie zu den rechten Rändern ab und wird dort für Hass und Gewalt instrumentalisiert.

Schreibt Hamed Abdel-Samad, ein Autor, der mit ständigem Personenschutz leben muss, weil rechte weiße Rassisten gegen ihn eine Fatwa verhängt haben, auf seiner Facebook-[Seite](#).

Ebenfalls noch zum Vorigen: „Nach dem Anschlag auf Muslime in Christchurch verweisen rechte Blogs auf Gewalt gegen Christen in Nigeria. Diese würde ‚verschwiegen‘. Tatsächlich ist der Dauerkonflikt in Nigeria aber nicht religiös motiviert“, [beruhigt](#) der ARD-Faktenerfinder Patrick Gensing auf

tagesschau.de. Die verfeindeten Parteien seien zwar Christen und Muslime, der Grund der Konflikte sei aber der Mangel an Weideland für die muslimischen Nomaden durch den (letztlich ja von Christen verursachten!) Klimawandel. Ungefähr so wie der Getreidemangel für Hitler der Grund war, in Russland einzumarschieren. Und erst der Champagnermangel im Jahr davor, oh là là! Man muss immer die Primärursachen suchen, auch wenn es schwerfällt!

**Im Original erschienen auf Michael Klonovskys [„Acta Diurna“](#).*



Razzia: Moslems wollten „so viele Ungläubige wie möglich töten“

Deutschland ist vermutlich aktuell einem größeren islamischen Anschlag gerade nochmal entgangen. Am Freitag stürmten rund 200 Beamte des hessischen Landeskriminalamtes, sowie Spezialeinheiten aus Hessen und anderen Bundesländern mehrere Wohnungen in Hessen und Rheinland-Pfalz. Dabei wurden insgesamt elf Personen festgenommen, die beschuldigt werden einen islamischen Terroranschlag in Deutschland, unter Einsatz eines Fahrzeugs und Schusswaffen, geplant zu haben. Das Ziel: So [viele „Ungläubige“ wie möglich](#) zu töten.

Bei den beiden Hauptverdächtigen soll es sich um zwei in Deutschland geborene iranischstämmige Brüder handeln.

Es sollen Kontakte zu Waffenhändlern bestehen. Auch sei ein „größeres Fahrzeug“ angemietet worden. Den Ermittlern zufolge lag die Planung in den Händen von Salafisten aus dem Rhein-Main-Gebiet.

In den Wohnungen sei umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmt worden, u.a. über 20.000 Euro Bargeld, Drogen, mehrere Messer, elektronische Datenträger und schriftliche Unterlagen zu den Plänen.

Auf die Spur dieser gemeinschaftlichen Verabredung zum Massaker hätten verdeckte Ermittlungen geführt.

Diesmal waren die Ermittler schneller. Doch allein im hessischen [Verfassungsschutzbericht von 2017](#) wird die Zahl der potentiellen Terrormoslems auf 4.170, davon 1.650 Salafisten, geschätzt. Laut eines Reports des meist gut informierten estnischen Geheimdienstes EFIS befinden sich derzeit mindestens [11.000 radikale Moslems und 980 Gefährder](#) in Deutschland. Elf Festnahmen sind also nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein und es ist wohl nur eine Frage der Zeit, dass die Ermittler einmal zu spät kommen.



Friedhoff: Einseitige deutsche Schuldkultur schadet unserer Zukunft

1904 töteten Hereros auf grausame Art und Weise deutsche Siedler in Namibia. Der Hereroführer Maharero rief dazu auf, alle Deutschen zu töten. Der Kaiser schickte daraufhin weitere Soldaten nach Namibia, um den Terror zu beenden und um die deutschen Siedler zu schützen.

Die Schutztruppe wurde von 700 auf 1500 und dann auf 8000 Soldaten aufgestockt. 8000 Soldaten in Deutsch-Südwestafrika. Eine Fläche mehr als doppelt so groß wie Deutschland. 1500 Soldaten stellten sich dem Gefecht und der Verfolgung der über 8000 Hererokämpfer. Das Ganze passierte auf einer Fläche so groß wie die Schweiz.

Die durch Krankheit geschwächte deutsche Schutztruppe versuchte eine Zangenbewegung, aus der die Hereros ausbrachen und mit ihren Familien flüchteten. Auf dieser Flucht und während weiterer Gefechte soll es zu einem Völkermord gekommen sein. Bis zu 80.000 Hereros sollen getötet worden sein.

Es gab und gibt keine Zahlen, die das bestätigen. Gab es nicht, gibt es nicht. [Die Linken fordern nun die Anerkennung](#) der Schuld und dass Deutschland auch finanziell Verantwortung übernimmt. Forderungen von ca. 50 Mrd. Euro und ein Kolonialzeitverächterdenkmal in zentraler Lage in Berlin.

Darüberhinaus steht für die Linken fest, dass die deutsche Kolonialmacht in Namibia Konzentrationslager betrieb, es sei die Vorstufe zum Holocaust im Dritten Reich gewesen. Diese Behauptung ist an klassisch linker Geschichtsverdrehung nicht mehr zu überbieten. Zumal man wissen muss, dass die Hereros das Thema innenpolitisch in Namibia nutzen, um von der Regierung deutsche Entwicklungsgelder zu bekommen.

Die Geschichte wird also genutzt und missbraucht, um innenpolitisch Kapital daraus zu schlagen. Hier sind nun die Linken unter sich. Auch daher weht der Wind! Es wurden in der Kolonialzeit Fehler gemacht. Es wurde auch viel Gutes bewirkt, aber gegen diese einseitige Geschichtsverdrehung muss es endlich einen offenen und ehrlichen gesellschaftlichen Diskurs geben.

Sollte das nicht erfolgen, wird Deutschland auf Dauer einen nicht gutzumachenden Schaden davon tragen. Wir müssen uns ehrlich und offen zu Schlechtem, aber eben auch zu Gutem bekennen. Es gilt, unsere Werte, unsere Kultur und unsere Heimat auch emotional zu schützen, wollen wir Made in Germany auch weiterhin als Marke in die Welt tragen. Das sind wir uns als Gesellschaft schuldig.

Interview mit Dietmar Friedhoff (AfD) zum Thema:



Ach Gottchen, der BAMF-Präsident ist endlich aufgewacht!

Von LUP0 | Hans-Eckhard Sommer, der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), [ist auch endlich drauf gekommen](#), dass jährlich Asylsuchende „in der Größenordnung

einer Großstadt“ zu uns kommen. Zu viele ohne Asylgrund, ohne Papiere, aber bequem per Luftshuttle. [Das hatte PI-NEWS](#) schon im Oktober 2017 prophezeit.

Was der Präsident in der Welt am Sonntag einräumt, sind „olle Kamellen“, jetzt aber amtliche:

- „Wir haben im vergangenen Jahr 162.000 Asylersanträge registriert. Das ist vergleichbar mit einer Großstadt, die jährlich zu uns kommt.“
- Lediglich 35 Prozent erhielten laut BAMF-Chef einen Schutzstatus. „Wir sehen also ganz deutlich, dass viele Menschen hierher kommen, ohne einen Asylgrund zu haben“
- 54 Prozent Asylsuchende legten bei Antragstellung keine Ausweisdokumente vor. Obwohl sie vorher mit Papieren eingereist sein müssen.
- Das Tollste wie immer am Schluss: Ein Drittel der „Goldstücke“ reiste bequem per Flugzeug nach Deutschland ein. Einige mit echten Dokumenten aus EU-Staaten, die aber zum Teil gestohlen, weitergereicht worden seien und nicht zur einreisenden Person gehörten. Natürlich werden auch gefälschte Ausweise vorgezeigt.

Und welche Konsequenzen zieht Präsident Sommer aus den „Grenzen der Belastbarkeit eines Staates“, sprich : aus dem Merkel'schen DESASTER?

Natürlich keine wirklichen, weiterhin keine „Zielmarke“: „Wenn jemand mit einem berechtigten Asylgrund herkommt, dann müssen wir diesen auch anerkennen und können nicht statistisch vorgehen.“

Heißt: es geht alles hübsch weiter wie gehabt...



Horror in Kanada: Priester während TV-Live-Messe niedergestochen

Von JOHANNES DANIELS | Die Migration frisst ihre Väter. Auch im bunten Montreal: Im willkommenstrunkenen Kanada von Premier Justin Trudeau hat ein Anhänger „der Religion des Friedens“ bei einem Gottesdienst bezeichnenderweise am Freitag Morgen einen Priester per Messer angegriffen. Ein Fernsehsender übertrug die Attacke live. Möglicherweise fühlte sich der Messer-Täter durch den katholischen „Gottesdienst“ am halalen Freitag religiös diskriminiert.

Christenverfolgung ... in Kanada!

Neben den sechzig Kirchenbesuchern wurden auch die schockierten Zuschauer im Fernsehen Zeuge des Angriffs. Der Gottesdienst in der Kirche Saint Joseph's Oratory, der größten Kanadas, war live übertragen worden, wohl ein weiterer Anreiz für den Messer-Migrant. Auf einer Videoaufzeichnung des katholischen TV-Senders, die einige politisch inkorrekte kanadische Medien derzeit noch verbreiten, ist zu sehen, wie Grou gerade zu einem Gesang ansetzen möchte. Ein Mann mit weißer „Rapper“-Schirmmütze geht die Stufen vor den Kirchenbänken hinauf, um den Altar herum und auf den Geistlichen los. Dieser weicht zurück und wird vom Angreifer

zu Boden gestoßen. Danach stach er dem Priester mehrfach in die Brust.

Der 77 Jahre alte Priester Father Claude Grou wurde mit mehreren Stichwunden ins Krankenhaus gebracht eingeliefert. „Lebensgefahr bestehe nicht“ schreiben die politisch korrekten Medien in Kanada. Erfahrungsgemäß können stichhaltige Organverletzungen bei einem 77-jährigen aber durchaus das Todesurteil bedeuten. Ein couragierter kanadischer Kirchenbesucher eilte dem Priester trotz Lebensgefahr sofort zu Hilfe und wird dafür hoffentlich seinen Lohn im Himmelreich erhalten.

Moslem-Täter polizeibekannt

Der 26 Jahre alte polizeibekanntes Angreifer wurde festgenommen. Sein Motiv war nach Polizeiangaben zunächst unklar. Nur in [lokalen französischsprachigen Medien](#) in Montreal wird der Täter personifiziert: Er heißt demnach ausgerechnet Vlad „Cristian“ Eremia, steht den Botschaften des „Islamischen Staates“ nahe und hat wohl rumänisch-moldawischen Migrationshintergrund, wie sein blutrünstiger Namensvetter Graf Vlad III. Draculea. Der Terror-Anschlag erinnert stark an den Mord an einem Priester im [französischen Saint-Étienne-du-Rouvray](#), als zwei polizeibekanntes Moslems einen 85-jährigen Priester während der Messe vor den Augen der (Un-) Gläubigen qualvoll schächtetten.



Der Täter Vlad Cristian Eremia wird von der Polizei abgeführt.

Willkommens-Justin bedauert – Kanadas Mordrate erreicht 10-Jahres Hoch

„Was für eine schreckliche Attacke“, schrieb Kanadas Premierminister Justin Trudeau scheinheilig per Twitter und wünschte dem Priester rasche Genesung. Der „weiße Obama“ und im Juste-Milieu vergötterte „Jüstain Trüdoo“ plädiert immer wieder für mehr illegale Einwanderung nach Kanada – Linksgrün feiert ihn daher auch als Anti-Trump, insbesondere nach seiner vollkommenen Legalisierung des Drogenhandels in seinem Land. Nach seiner Auffassung habe jeder, der die kanadische Grenze überquert, egal ob legal oder illegal, grundsätzlich Anspruch auf „Asyl“. Trudeau ist das kanadische Merkel. Das Resultat: Die Mordrate in Kanada sprang seit 2017 um 15 Prozent auf ein 10-Jahres Hoch. Erschießungen von gewalttätigen Drogenbanden aus dem Balkan oder Syrien erreichten einen Höchststand der letzten 25 Jahre, so der Bericht der kanadischen Kriminalitäts-Statistik. Viele vormals praktisch kriminalitätslose kanadische Innenstädte sind in nur drei Trudeau-Jahren seit dem Herbst 2015 zu „No-Go-Zones“ ab Einbruch der Dunkelheit verkommen, analog Deutschland. So auch

das ehemals bezaubernde Montreal.

What a horrible attack at Saint Joseph's Oratory in Montreal this morning. Father Claude Grou, Canadians are thinking of you and wishing you a swift recovery.

– Justin Trudeau (@JustinTrudeau) [March 22, 2019](#)

Montreals Bürgermeisterin bedauert und will noch mehr islamische Migranten

Auch Bürgermeisterin Valérie Plante äußerte sich über Twitter: „Was für ein schrecklicher und unentschuldbarer Angriff, der in Montreal keinen Platz hat.“ Sie wünschte Grou im Namen aller Montrealer eine rasche Genesung.

Während der Bundesstaat Quebec die Migrationsquote um 20 Prozent senken möchte, verabschiedete Mayor Valérie Plante am Tag nach dieser Entscheidung einen 24-Millionen-\$-Etat zur Integration von „Geflüchteten“, um den schutzsuchenden Neubürgern „[noch mehr Service](#)“ zu bieten. Sie setzte damit ein deutliches Zeichen zur Umvolkung: Über 70 Prozent der Migranten im Staat Quebec wollen demnach direkt nach Montreal. Die Bürgermeisterin betonte: „Sie sind alle willkommen“, egal ob legal oder illegal!

“It's people – human beings who decided to move here with their family because they want to have a better life and they want to participate in society,” she said.

Quel geste horrible et inexcusable qui n'a aucunement sa place à Montréal. Je suis soulagée d'apprendre que la vie du père Claude Grou, recteur de l'[@osjmr](#), est hors de danger et que son état est stable. Au nom de tous les Montréalais, je lui souhaite prompt rétablissement.

– Valérie Plante (@Val_Plante) [March 22, 2019](#)

Die Tat des IS-Anhänger Vlad „Cristian“ Eremia weckt auch Erinnerungen zum schockierenden Allhau-Akbar-Angriff eines polizeibekanntes pakistanischen Friedens-Religions-Mitgliedes, der ausgerechnet während der Trauerfeier für die von einem vorbestraften tunesischen Moslem ermordete Syndia aus Worms am Samstag vor zwei Wochen Angst und Schrecken über die dortige Liebfrauenkirche brachte: „Die Menschen rannten panisch aus der Kirche“ ([PI-NEWS berichtete](#)).

Die deutschen Mainstream-Medien [berichteten hingegen](#): „Der gesamte Trauermarsch verlief absolut friedlich und sehr ruhig“. Auch über die Terror-Attacke in Montreal liest man herzlich wenig in den deutschen Willkommens-Postillen.

Ich bitte alle Muslime am morgigen Sonntag, als Zeichen der Solidarität eine Kirche zu besuchen und mit den Christen zu beten.?

Posted by [Laleh Walie](#) on [Saturday, March 23, 2019](#)



Auch die „Westfront“ bröckelt – wann fällt endlich Merkel?

Von DR. VIKTOR HEESE | Die Lage in Europa erinnert heute stark an den Spätherbst 1989 im Ostblock. Während sich damals alle

vom Kommunismus – inklusive der Sowjetunion, der Erfinderin des Systems – langsam verabschiedeten, verharrte die DDR tief darin. Ohne den Domino-Effekt hätte es mit der Wende noch länger gedauert. Erich Honecker wusste halt besser als Sowjetchef Gorbatschow, wie Kommunismus zu funktionieren hat. Heute steht Deutschland auch als die letzte „Bastion der Demokratie“ allein da, wenn Macron durch seine Gelbwesten verjagt wird. Auch Merkel erteilt bis zuletzt allen Demokratieunterricht. Wiederholt sich die Geschichte? Was eintreten muss, damit der Merkelismus und Brüssel endlich kippen – zeigt in drei Punkten das untere Wunschscenario eines Populisten, der 1989 beobachten durfte.

1. Erst die Gelbwesten, jetzt die Niederlande – wird es tatsächlich ohne die Straße gehen?

[Letzte Meldung von der „Westfront“](#), die anderen Frontabschnitte gingen schon verloren: In den Niederlanden verlor gerade die Mitte-Rechts-Koalition des Mark Rutte die Mehrheit in der Ersten Kammer des Parlaments (vergleichbar mit dem deutschen Bundesrat). Der Regierungschef ist nun auf die Opposition angewiesen, um seine Gesetzesvorhaben durchzubringen. Sieger der Regio-Wahlen ist das Forum für Demokratie des noch [völlig unbekanntes Thierry Baudet](#). Damit hat unser westlicher Nachbar neben Geert Wilders einen zweiten starken Populisten. Ist das keine tolle Nachricht für ein Populisten-Herz?

Die Niederlande sind dennoch zu klein, um den Domino-Effekt erfolgreich zu Ende zu führen. Es kommt noch auf Frankreich an. Beruhigend ist, dass auch Macron juristisch abgesetzt werden darf. Das dürfen die Gelbwesten einfordern. Weil der Schönling nicht freiwillig gehen dürfte, sind Eskalationen wahrscheinlich, nicht zuletzt, weil Paris durch Brüssel kräftig angeheizt wird. Hoffentlich halten die Gelbwesten durch! Der deutsche Michel wird vielleicht verblüfft weiter zuschauen (die [Direktübertragungen auf RT Deutsch](#) sind zu empfehlen).

Vielleicht entdeckt er in sich jedoch den Rebellen – wie in der Ex-DDR – und wagt sich zum Schluss, wenn „die Arbeit“ weitgehend getan ist, selber auf die Straße. Das wäre der Angriff. Sollten Hunderttausende monatelang vor dem Reichstag gewaltlos protestieren, ist das das Aus für die da drin. Die nahende warme Frühlingszeit ist günstig. Woher bekommen wir nur diese Massen?

2. Manipulationsgefahr verhindern – erst ein Runder Tisch, dann Neuwahlen

Ich will weiter träumen. Der Fall von MM (Macron/Merkel) wäre das Signal für eine Wende mit neuen Gesichtern. Auf keinen Fall dürfen die beiden durch Mutanten ersetzt (AKK & Co.) werden. Vielmehr sollten breite gesellschaftliche Kräfte an einem Runden Tisch den Systemwechsel ausarbeiten und vorzeitige Neuwahlen vorbereiten. Der vom Volk direkt zu wählende „Tisch“ ist dabei unbedingt notwendig, damit seitens der Etablierten nicht gefuscht wird. Auch das ARD/ZDF sind sofort für die Opposition zu öffnen (z.B. zehn Stunden Sendezeit in der Woche). So lange das alles nicht gewährleistet ist, dürfen die Demonstranten nicht nach Hause gehen, weil die Drohgebärde aufrechterhalten werden muss. Die Auslandspresse sei herzlich eingeladen.

Eine Vorbereitungszeit von wenigen Monaten würde für die Neuwahlen und die Aufklärung des letzten Gutmenschen völlig ausreichen. Große Schwierigkeiten dürfte es nicht geben. Denn bei der Programmatik muss das Rad nicht neu erfunden werden. Die Orientierung an der erfolgreichen alten EWG, die Reaktivierung des Rechtsstaates und die Rückkehr zum „Europa der Vaterländer“ (de Gaulle) – das sind die drei Kernpunkte, die zu aktualisieren wären. Nachtrag: Für mich persönlich wäre nur eine Koalition zwischen einer reformierten CDU (> 30 Prozent Stimmanteil) und der AfD (> 20 Prozent) glaubwürdig. Einem Dreier-Bündnis mit der FDP und der AfD als Juniorpartner würde ich nicht trauen wollen.

3. Asyl- und Klientelkosten sofort kippen – auch Gerichte dürften keine Ersatzpolitik machen

Gewöhnlich braucht jede Wende ihre Umstellungszeit, auch wenn verwertbare Muster schon vorliegen. Die DDR hatte die Bundesrepublik als Vorbild, das Neue Europa hätte die vorerwähnten drei Punkte. Keine Zeit hätte dagegen der Kassensturz. An fehlenden Finanzen ist schon oft so mancher Reformversuch gescheitert. Das heißt im Klartext: Die Migrationsmilliarden für die dreiste Asylindustrie wären sofort zu stoppen, Klientelfinanzierungen einzustellen und der Spielraum der Gerichte, eine Ersatzpolitik zu betreiben, durch neue Gesetze auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Selbstverständlich kann so etwas nur ein unabhängiges Parlament und ein starker Staat. Anders als 1989 gibt es keine Gefahr von außen seitens der Sowjetarmee. Im Gegenteil, Trump käme diese Entwicklung sicher sehr gelegen, Soros hätte in diesem Umfeld nichts zu melden.

Fazit:

Die [Domino-Theorie](#) hatte sich in der jüngsten Vergangenheit – sei es in Südamerika, sei beim Fall des Ostblocks, – schon mehrfach bewährt. Die banalste Erklärung für ihre Wirkung könnte lauten: Man kann nicht gegen alle sein, auch wenn man Merkel heißt und ein so gefügiges Volk wie die Deutschen regiert.

In Anlehnung an Karl Marx möchte ich noch Folgendes loswerden:
Populisten aller Länder – einigt euch!



Dr. Viktor Heese.

Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.